

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/45

Hannover, 6. Juni 1947  
Telefon: 20951

## Neuorientierung der französischen Außenpolitik? Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die französische Nachkriegspolitik war bisher durch eine recht starre Haltung gekennzeichnet. Sie wollte kompromißlos ihren Weg zwischen Osten und Westen gehen, eifrig bemüht, jedes Abweichen von dieser Mittellinie und auch von dem gesteckten Ziel, besonders in der deutschen Frage, zu vermeiden.

Es hat jedoch den Anschein, als ob die Pariser Regierung in den letzten Monaten etwas geschmeidiger geworden sei und einer Neuorientierung ihrer Außenpolitik nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehe. Der erste Schritt in dieser Richtung war die Reise des Ministerpräsidenten Léon Blum nach London am Anfang dieses Jahres. Sie war gefolgt von dem Abschluß eines englisch-französischen Bündnisvertrages kurz vor Beginn der Moskauer Konferenz. In Moskau gab dann Außenminister Bidault die bisherige Mittlerrolle auf und verlegte sich auf die ausschließliche Vertretung und Verteidigung der rein französischen Interessen. Man dürfte übrigens am Quai d'Orsay dank der bisherigen Erfahrungen etwas realistischer geworden sein und die Forderungen hinsichtlich Deutschlands etwas mehr den politischen Möglichkeiten angepaßt haben. Es ist wahrscheinlich, daß in Zukunft Frankreich nur auf folgenden Mindestzielen bestehen wird: wirtschaftliche Angliederung der Saar, internationale Kontrolle der Ruhr, Garantie von Kohlenlieferungen und gewisse Reparationen, über deren praktisches Ausmaß man sich in Paris keine allzu große Illusionen mehr macht.

Die ablehnende Haltung der Sowjetunion in der Saarfrage hat ziemlich ernüchternd gewirkt. Man hat mehr und mehr das Gefühl, daß man von Rußland nicht viel erwarten kann. Man wußte bereits, daß Getreide und Kredite nur aus Amerika kommen würden, man hoffte aber, vom Osten durch einige politische Konzessionen zu einer unabhängigen Außenpolitik ermutigt zu werden. Die Moskauer Enttäuschung und der steigende

Bedarf an amerikanischer Kohle, an Getreide und an Dollars für den Wiederaufbau des Landes haben gemeinsam eine Westorientierung der französischen Außenpolitik vorbereitet. Das Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung hat diese Entwicklung noch beschleunigt.

Es wäre allerdings irrig, nun eine bruske Wendung nach Westen zu erwarten. Von einer kleinen reaktionären Minderheit abgesehen wünscht niemand in Frankreich eine Aufteilung Europas und der Welt in zwei Blöcke. Man ist sich der Tatsache bewusst, daß Frankreich durch seine Haltung das Schicksal der europäischen Einheit entscheidend zu beeinflussen vermag. Man befürchtet andererseits eine zu starke Abhängigkeit von Amerika. Gewiß, die Dollarkredite sind verlockend und allein die Kommunisten wollen sie aus politischen Gründen ablehnen, während die Rechte sie aus antikommunistischen Erwägungen heraus herbeischnt, aber kein Land wird sich leichten Herzens dazu entschließen, seine wirtschaftliche und damit auch seine politische Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen.

Frankreich wird daher auch weiterhin versuchen, den Anschluß an einen ausgesprochenen Westblock zu vermeiden. Ob ihm das gelingen wird, hängt natürlich mehr von den Ereignissen als von seinem eigenen Willen ab. Die russische Stellungnahme zur Saarfrage wird hierbei eine wichtige Rolle spielen. Frankreich erstrebt aus verschiedenen Gründen eine ihm günstige Lösung bis Jahresende. Es ist bezeichnend, daß Maurice Schumann, der Vorsitzende der Republikanischen Volksbewegung, also der Partei des Außenministers Bidault, dieser Tage in der Zeitung "L'Aube" erklärt hat, daß Frankreich zwar nichts sehnlicher wünsche als die Zustimmung der drei Großmächte zur wirtschaftlichen Angliederung der Saar, daß es aber nicht bereit ist, über die "äußersten Grenzen seiner Geduld hinaus" darauf zu warten. Die Ansicht Maurice Schumanns dürfte sich kaum von den Absichten des Außenministers Bidault unterscheiden. Bis auf weiteres wird Frankreich nichts unternehmen, was seine Beziehungen zur Sowjetunion ernstlich trüben könnte, aber trotzdem seine Zusammenarbeit mit dem Westen dauernd enger gestalten. Daher ist vorläufig an einen offiziellen Zusammenschluß der drei westlichen Zonen kaum zu denken. Man wird sich mit einer Reihe von technischen Abkommen, die praktisch einer wirtschaftlichen Fusion gleichkommen, begnügen.

Die französische Außenpolitik wird übrigens weitgehend von der Entwicklung der englisch-russischen Beziehungen beeinflusst werden. Man glaubt in Paris, daß der englische Außenminister Bevin zur Zeit den Versuch unternahme, mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten möglichst freundschaftliche Beziehungen herzustellen, besonders durch einen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um dadurch ein Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten zu schaffen und die Unabhängigkeit der britischen Außenpolitik sicherzustellen. In französischen Kreisen werden diese Bemühungen mit viel Sympathie verfolgt. Man wünscht im Grunde genommen ebensowenig eine rein amerikanische wie eine russische Lösung des europäischen Problems. Man sieht in einer engen englisch-französischen Zusammenarbeit eine erfolgversprechende Möglichkeit, Europa als selbständige Einheit wiederaufzurichten und dadurch das durch den russisch-amerikanischen Gegensatz gefährdete Gleichgewicht der Weltpolitik auf festere Grundlagen zu stellen. Frankreich ist überzeugt, daß allein eine ausschließlich europäische Lösung der verschiedenen Schwierigkeiten unseres Kontinents die Unabhängigkeit Englands und Frankreichs vom Westen sowohl wie vom Osten zu gewährleisten vermag. In diesem Sinne dürfte die Neuorientierung der französischen Außenpolitik zu verstehen sein.

## Jubiläum des amerikanischen "Vorwärts"

-----  
St. New York, Ende Mai

Eine sozialdemokratische Massenversammlung mit 24.000 Teilnehmern in New York ist keine alltägliche Angelegenheit, und es war auch kein alltägliches Ereignis, das zu ihr Anlass bot. Es galt, den 50. Geburtstag der einzigen sozialdemokratischen Tageszeitung zu feiern, die es in den Vereinigten Staaten gibt. Diese Zeitung hat einen ausgezeichneten Ruf, der ihr in Glückwunschartikeln der "Times" wie der "Herald Tribune" bestätigt wurde, aber leider auch einen grossen Nachteil: nur ein geringer Bruchteil der 150 Millionen Amerikaner ist fähig, sie zu lesen. Denn sie ist in hebräischen Lettern gedruckt und in jiddischer Sprache, also einer Abart des Deutschen, geschrieben.

Das letzte Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts brachte einen Strom ostjüdischer Einwanderer nach Amerika, unter ihnen eine Anzahl aktiver Sozialdemokraten, die, um den Verfolgungen der Zarenpolizei, der berüchtigten Ochtrana zu entgehen, ihre Heimat verlassen mussten. Die grosse Masse blieb in den östlichen Staaten, besonders in der Stadt New York, für deren Konfektionsindustrie sie willkommenes billige Arbeitskräfte abgab, doch erwachsen bald Führer aus ihr, die den Kampf gegen die Ausbeutung aufnahmen. So entstanden die grossen Gewerkschaften der Damen- und Herrenkonfektionsarbeiter, der Hutmacher usw., die noch heute in der amerikanischen Arbeiterbewegung vorbildlich sind.

Im Jahre 1897 erhielt die junge Bewegung ein Organ durch die Tat eines jungen sozialdemokratischen Revolutionärs, der erst vor kurzem aus Russland gekommen war. Er hiess Abraham Cahan und hatte sich schon als Romanschriftsteller einen Namen gemacht. Dieser Abraham Cahan gründete den "Jewish Daily Forward", er wurde dessen Chefredakteur und geistiger Leiter und blieb das - er ist jetzt 87 Jahre alt! - bis zum heutigen Tage. "Forward" nannte er das jiddisch geschriebene Blatt in seinem englischen Titel nach dem Namen des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des von Wilhelm Liebknecht geleiteten "Vorwärts". Die deutsche Sozialdemokratie war damals Vorbild und Hoffnung für die jungen Sozialisten aller Länder, ganz besonders aber für die russischen, denen sie durch enge Kampfgenossenschaft verbunden war.

Unter Abraham Cahans Leitung ist der "Forward" einen ähnlichen Weg gegangen wie die sozialdemokratische Presse Europas und besonders Deutschlands: den Weg zum klaren Bekenntnis zur Demokratie, zu planvoller Reform im Geiste des Sozialismus und zur Ablehnung aller gewaltsamen, die Freiheit der Persönlichkeit gefährdenden Experimente. Mit dieser Politik wurde der "Forward" ein progressives Element in der sonst rein geschäftsmässig aufgezogenen, jeden politischen Idealismus ablehnenden amerikanischen Arbeiterbewegung.

War auch die ghettonmässige Abkapselung des Blattes im Jiddischen für die Verbreitung seines geistigen Gehalts ein schweres Hemmnis, so war es doch kein unüberwindliches. Denn die gewerkschaftlich organisierten Leser des "Forward" trugen das, was sie in ihrem Blatte gelernt hatten, in die Versammlungen der Gewerkschaften, in denen Englisch gesprochen wurde, und so wurde der "Forward" indirekt zum Lehrmeister von Arbeitern, die kein Wort in ihm entziffern konnten. Parallel mit dem jiddischen ging der deutsche Einfluss in der Arbeiterbewegung; auch die "Volkszeitung", die jetzt nur noch als Wochenblatt erscheint, war früher einmal eine Tageszeitung. Aber das Stoppen der deutschen Einwanderung und die raschere Assimilierung der Deutschen bewirkte, dass der deutsch-sozialdemokratische Einfluss in der amerikanischen Arbeiterbewegung zurückging, während der des "Forward" und seines treuen Leserkreises konstant blieb.

So gestaltete sich der fünfzigste Geburtstag dieses Blattes zu einem Festtag nicht nur für die verhältnismässig schwache sozialdemokratische Gruppe, sondern für die amerikanische Arbeiterbewegung. Ein Glückwunschtelegramm des Präsidenten der Republik Harry S. Truman wurde verlesen; Bürgermeister O'Dwyer erschien persönlich als Gratulant. Hauptredner neben David Dubinsky, dem sozialdemokratischen Präsidenten und vorbildlichen Führer der Arbeiter der Damenkonfektion, war der Präsident der American Federation of Labor, William Green. Dieser feierte nicht nur die Verdienste des sozialdemokratischen Blattes um die amerikanische Arbeiterbewegung, sondern nahm auch die Gelegenheit wahr, sich mit der neuesten rückschrittlichen Gewerkschaftsgesetzgebung des Kongresses auseinanderzusetzen. Wie werde sich die Arbeiterbewegung mit ihr abfinden. "Die amerikanischen Arbeiter werden sich nicht so behandeln lassen wie die deutschen im Nazi-Deutschland", so rief er unter stürmischem Beifall aus.

Im Mittelpunkt der Ovationen stand die verehrungswürdige Gestalt des Mannes, der ein halbes Jahrhundert lang den Idealen seiner Jugend die Treue gehalten hat und bis zum heutigen Tage zu ihnen steht, des Gründers und Chefredakteurs des "Forward", Abraham Cahan. Der deutschen Sozialdemokratie war er immer ein zuverlässiger Freund, und er hat, auch während der Stürme des Krieges, jede Gelegenheit benutzt, um die Unerschütterlichkeit seiner Freundschaft zu bekunden. Die Partei, nach deren Zentralorgan er einst sein eigenes Blatt genannt hat, wieder auferstehen und im Kampfe zu sehen, ist ihm eine tiefe Genugtuung. Ganz tot ist die Internationale doch nicht, ja vielleicht ist von ihrem Geist heute in der amerikanischen Arbeiterbewegung mehr vorhanden als in der europäischen - und wenn das so ist, so ist das zu nicht geringem Teile Abraham Cahan's Verdienst. (b/a 9/56/1/ho)

#### Wiedervereinigung der USA-Sozialisten?

Die vor eineinhalb Jahrzehnten erfolgte Spaltung der amerikanischen Sozialisten dürfte wahrscheinlich in Kürze beendet und von einer Wiedervereinigung abgelöst werden. Es bildeten sich damals unter Norman Thomas die Sozialistische Partei, die den linken Sozialistenflügel umfasste, sowie die "Sozialdemokratische Federation" unter der Führung von Algeron Lee, die den rechten sozialistischen Flügel repräsentierte. An der diesjährigen Gaifeier nahmen die beiden Parteien erstmals wieder gemeinsam teil. Norman Thomas und Algeron Lee begrüßten sich freundschaftlich durch Händedruck, worin allgemein ein Symbol für die baldige Wiedervereinigung erblickt wurde. (m/Blo/66/1/ho)

#### "Freie" Jugend der Ostzone

4 Jahr

K. u. Berlin - In den Pfingsttagen hat zum zweiten Male seit 1945 die "Freie Deutsche Jugend" auf einem grossen Treffen in Meissen in der Ostzone den Anspruch erhoben, die einzige Einheitsorganisation der deutschen Jugend zu sein. Vor einem Jahre jedoch, als die Absicht der kommunistischen Politik noch nicht so offenkundig war wie jetzt, hatten sich, geführt von den Vorsitzenden der SED, alle Parteiführer der Ostzone verleiten lassen, diesem Treffen das repräsentative Gesicht einer überparteilichen Organisation aller Jugendlichen zu geben. In diesem trat jedoch klarer in Erscheinung, dass die Einheitsorganisation der "Freien Deutschen Jugend" in der Tat nur der nach unten verlängerte Arm der Kommunisten ist, denn die Parteiführer der LDP und der CDU waren der Pfingsttagung demonstrativ ferngeblieben und hatten nur untergeordnete Vertreter geschickt.

Frellich sind die anderen Parteien der Ostzone in einer wenig angenehmen Lage. Die sowjetische Militärregierung hat allein die "Freie deutsche Jugend" lizenziert, und eben diese Organisation wird eindeutig von der kommunistischen Jugend geführt. Ihre Vertreter Kessler und Honecker stehen, zum Teil schon vom "Freien Deutschland" aus Moskau her, in engster Verbin-

6. Juni 47

ung mit den Kommunisten, und sie haben sich im Laufe dieser beiden Jahre die Fagnmethoden der Kommunistischen Partei in nicht mehr zu verschleiernden Masse angewöhnt. "Jugendparlament" nannte sich die Veranstaltung, aber sie brachte ausser stundenlangen Réferaten der Vorsitzenden und der SED-Vorsitzenden Grotewohl und Pieck nichts als kurze und sichtlich normierte Zustimmungserklärungen zur Einheitspolitik der FDJ. Wenn, wie bei den kurzen Darstellungen des rheinischen Kaplans Roussaint oder des Mecklenburgischen Pfarrers Aurel von Juechen der Jugend der Vorwurf gemacht wurde, sie vereinfache die Schwierigkeiten der heutigen Aufgaben und ginge gerade über die eigentlichen Anliegen der Zeit leichtfertig hinweg - dann wurden die Diskussionspartner "zur Sache" gerufen. In übrigen regnete es Resolutionen und Begrüssungstelegramme an alle möglichen internationalen Organisationen, ohne dass die eigentliche Problematik der deutschen Jugend auf den Meissener Tagen auch nur im Organ gefunden hätte.

(Bezeichnend für die nicht mehr zu verbergende Defizienz der Organisation und ihrer Veranstalter war die beschwörende Aufforderung des alten Pieck an die jungen Kommunisten der "Freien Deutschen Jugend", doch überall für die "Einheit der Arbeiterparteien" Sorge zu tragen. Die "Überparteilichkeit" der Tagungsleitung aber ging so weit, dass für die objektiv über die Hintergründe der "Freien Deutschen Jugend" berichtenden Berliner Zeitungen "Kurier", "Tagesspiegel" und "Horizont" von der Meissener Kommandantur das Aufenthaltsverbot erwirkt wurde.)

In einer längeren Begrüssungsansprache hatte der Leiter der Politischen Abteilung der Sowjetischen Militärverwaltung der Ostzone, Oberst Tulpanow, die Jugend aufgefordert, nicht in Männern wie Adenauer, Krupp und Witzleben, sondern in solchen wie Tito, Nenni, Thorez, Duclos, Wallace und Pieck und Grotewohl als den wahren "fortschrittlichen Kräften" ihre Vorbilder zu sehen. Die "Freie Deutsche Jugend" von Meissen hatte unter ihren Delegierten eine Anzahl von Jugendvertretern aus anderen Parteien und einige beobachtende Gäste aus dem Westen. Aber es ist wohl anzunehmen, dass die Meissener Klänge endgültig auch auf diesen Gebiete über die kommunistische Politik der Ostzone und ihrer Hilfskräfte Klarheit geschaffen haben. Die Monate der Tarnungen sind nun endgültig vorbei, und es ist an der Zeit, dass die deutsche Jugend und gerade die wirklich fortschrittliche Jugend, sich anschickt, ihren Weg aus den Kämpfen des Nachkriegs zum Nutzen einer wirklichen Politik der Volks- und Völkerverständigung zu finden. (b/B17/66/1/he)

#### Palais Bourbon und französische Zone

Von unserem A.F.-Korrespondenten in Paris

Wiederholt haben sich französische Parlamentarier und Parlamentskommissionen mit den Verhältnissen in der französischen Besatzungszone in Deutschland befasst. Ihr Interesse galt im allgemeinen weniger den Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung als der Verwaltungsorganisation der französischen Militärregierung. Die Berücksichtigung ihrer oft schwerwiegenden Einwände hätte allerdings unmittelbar zu einer Verbesserung der Lage der deutschen Bevölkerung führen. Die Initiative zu diesen parlamentarischen Interventionen ging meistens von den Sozialisten aus. S. Grumbach, gegenblicklich Mitglied des Rates der Republik, hat sich in dieser Angelegenheit besonders verdient gemacht, auch wenn seine Bemühungen bisher erfolglos geblieben sind.

Grumbach wünscht die unbedingte Unterordnung der Militärverwaltung unter die zuständigen französischen Zivilbehörden und, ganz allgemein, die Herstellung eines klaren Rechtszustandes, der jede Willkür auch der Bevölkerung gegenüber ausschließt. Bereits im Februar 1946 hat eine parlamentarische Untersuchungskommission, die sich unter Leitung von Grumbach nach Deutschland begeben hatte, weitgehende Reformen vorgeschlagen, die freilich ohne praktische Folgen blieben. Die aussenpolitische Kommission des Rates der Republik hat nunmehr erneut zu der Frage Stellung genommen und...

Regierung die folgenden Massnahmen zur Annahme empfohlen:

1. Die Bildung eines Ministeriums für die französische Besatzungszone,
2. Die Unterordnung der Militärbehörden unter die Zivilverwaltung,
3. Die Ernennung eines Generalverwalters zur tatsächlichen Leitung des gesamten Personals und zur Kontrolle der Materialien und des Budgets.

(b/415/56/1/he)

### ----- Ein vergessenes Volk

#### Das sudetendeutsche Problem in der skandinavischen Presse

Nachdem vor einiger Zeit schon schwedische Zeitungen das Schicksal der aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen Sudetendeutschen behandelt hatten, greift nun auch die sozialdemokratische Zeitung Norwegens, "Arbeiderbladet", in einem Leitartikel dieses Problem auf. Die Zeitung stellt ihre Betrachtungen unter den Geist ihres grossen Landsmannes Frithjof Nansen, der nach dem ersten Weltkrieg der Helfer für Millionen ausgewiesener, flüchtender, heimat- und staatenloser Menschen gewesen ist. "Mehr denn je müssen wir unsere Zusammengehörigkeit mit denen beweisen", so schreibt die Zeitung, "die in Gefahr stehen, unterzugehen. Es sind alles unsere Brüder, denen gegenüber wir die Pflicht haben, zu helfen, solange wir atmen - alles in Nansens Namen, der lebendig unter uns bleiben soll."

Norwegen dürfte sich, so heisst es weiter, in dieser Zeit nicht abschliessen und sich selbst genug sein. Unter den DP's, über ganz Deutschland verstreut, befindet sich aber das ganze sudetendeutsche Volk, das aus der Tschechoslowakei als unerwünscht hinausgedrängt worden sei; darunter auch der antifaschistische und sozialdemokratische Teil der Bevölkerung. Es handele sich um einen Volksstamm, der beinahe so gross sei wie die Bevölkerung Norwegens. Viele befinden sich in Lagern, die trostlos und deprimierend auf alle lebensfrischen Menschen wirkten, die keinen grösseren Wunsch hätten als endlich wieder Lebensrechte für sich in einem freien und demokratischen Rechtsverband zu erhalten. "Wir müssen es als unsere Aufgabe sehen", so sagt das Blatt wörtlich, "Platz für einen Teil dieser Antifaschisten zu schaffen. Unter ihnen gibt es auch einen guten Teil hervorragender Facharbeiter, die für uns von grossem Nutzen sein können."

Die englische Monatsschrift "Contemporary Review" weist in einem Artikel in ihrer Mainnummer unter dem Titel "Ein vergessenes Volk" ebenfalls darauf hin, dass die Sudetendeutschen fleissige und tüchtige Facharbeiter seien, die heute in Restdeutschland meist keine Arbeit mehr finden könnten, die vielmehr die Ernährungslage nur weiter erschweren. Der Aufsatz, der die erste grundsätzliche und abgewogene Auseinandersetzung mit diesem Problem in einer hochangesehenen englischen Zeitschrift ist, behandelt auch kritisch den Beschluss der tschechischen Regierung, die 3,5 Mill. Sudetendeutschen ausgewiesen zu haben, die keineswegs alle mit dem Nationalsozialismus identisch gewesen seien; Jahrhunderte lang habe das Sudetendeutschtum im Siedlungsgebiet Böhmen und Mähren seine Pflicht gegenüber der jeweiligen Regierung erfüllt.

Der Artikel spricht ferner davon, dass ein Teil der noch verbliebenen 700- oder 800.000 Sudetendeutschen wahrscheinlich in Kürze ebenfalls ausgewiesen werden würden. Der Rest stünde unter Sondergesetzgebung, er werde also et so behandelt, wie unter dem nationalsozialistischen Regime die Juden behandelt worden seien, ehe sie in Lager kämen "mit Armbinde, niedrigsten Rationen, bestimmten Einkaufszeiten usw. (b/B54/66/1/he)

-----  
Verantwortlich i. V.: Peter Reunan, Hannover